

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 61 (1969)

Heft: 2

Artikel: Was hat Labor von der neuen amerikanischen Regierung zu erwarten? : Wie werden sich die Gewerkschaften zu Präsident Nixon stellen?

Autor: Schweisheimer, W.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354368>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was hat Labor von der neuen amerikanischen Regierung zu erwarten?

Wie werden sich die Gewerkschaften zu Präsident Nixon stellen?

Labor (die amerikanischen Gewerkschaften) waren im Wahlkampf nicht freundlich zu Richard Nixon. Trotzdem ist keineswegs gesagt, daß sie ihm besondere Schwierigkeiten machen werden, und Richard Nixon, wie immer das politische Schlagwort ihn kennzeichnen mag, ist viel zu klug und welterfahren, um nicht zu wissen, daß ein Regieren heute *nur mit* den Massen der arbeitenden Menschen möglich ist, *nicht gegen* sie.

*Wahlausgaben der amerikanischen Gewerkschaften:
4 Millionen Dollar*

George Meany, der energiegeladene Führer der großen Gewerkschaftsvereinigung AFL-CIO (American Federation of Labor und Congress of Industrial Organization), hat die Arbeiterschaft bewogen, im Wahlkampf ihre jahrzehntelange Tradition auch diesmal beizubehalten: nämlich einen demokratischen Kandidaten zu wählen. Er ist deshalb mit Wort und Tat für demokratische Kandidaten im Senat und im Repräsentantenhaus eingetreten, voraus für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten, Vizepräsident *Hubert Humphrey*.

Mr. Meany hatte Mühe, seine Mannschaften zusammenzuhalten – nicht etwa weil sie für Mr. Nixon eingetreten wären, sondern weil viele Angehörige der Gewerkschaften für den Kandidaten der «Dritten Partei» stimmten, den früheren Governor von Alabama, Mr. *Wallace*, der schärfer für «Law and Order» und Bekämpfung der Neger-riots eintrat als andere Kandidaten.

Insgesamt haben die Gewerkschaften nach neuesten Schätzungen erheblich mehr als 4 Millionen Dollar für Wahlzwecke ausgegeben. Schließlich war die Rechnung Mr. Meanys nicht so sehr falsch, denn Mr. Nixon wurde nur mit einer geringen Mehrheit gewählt.

Gewerkschaften und Präsident Nixon

Die demokratische Partei hat zwar ihren Kandidaten bei der Präsidentenwahl nicht durchbringen können, aber nach wie vor hat der neue Kongreß eine demokratische Mehrheit. Das gibt Labor Zuversicht, daß eine neue, fortschrittliche Arbeitergesetzgebung im neuen Kongreß erfolgverheißende Unterstützung finden wird.

Kein Zweifel, daß von Anbeginn seiner Präsidententätigkeit Mr. Nixon Schwierigkeiten vorfinden wird, die sich auf dem Gebiet der Arbeitsbeziehungen gebildet haben und die bisher keine Lösung fanden. Weitreichende Streiks, die das Land in den vorhergehenden

Jahren aufrüttelten, sind mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Folgende Probleme wird Mr. Nixon im Laufe von 1969 auf diesem Gebiet mit großer Wahrscheinlichkeit vorfinden und zum Teil mit zu lösen haben:

- Ein Streik der Dockarbeiter in den östlichen Häfen steht bevor, und es ist möglich, daß seine Folgen in die Zeit der neuen Regierung (nach dem 20. Januar) hinüberreichen.
- Die Verträge der Gewerkschaften mit den großen Fluglinien sind Ende 1968 abgelaufen und bedürfen der Erneuerung. Namentlich die Machinists Union strebt nach bedeutend höheren Löhnen. Gesetzliche Schwierigkeiten tragen dazu bei, daß die Entscheidungen auf diesem Gebiet vermutlich erst unter der Nixon-Regierung fallen werden.
- Die Nixon-Regierung wird sich mit den Forderungen der Eisenbahnarbeiter zu beschäftigen haben. Es handelt sich dabei nicht nur um Lohnfragen. Die Lokomotivführer zum Beispiel setzen sich dafür ein, daß Tausende von Stellen wieder besetzt werden, die durch die Gesetzgebung des Jahres 1963 abgeschafft wurden.
- Auch in der Ölindustrie sind zahlreiche Verträge zwischen Gewerkschaften und Unternehmern mit Ende 1968 beendet. Namentlich die Ölgewerkschaften, die chemischen Gewerkschaften und die Union der Atomarbeiter setzen sich für neue Forderungen zwecks Vertragsabschlüssen ein.
- Im Bau- und Konstruktionswesen werden neue Laborforderungen im Frühjahr aktuell werden. Die Schwierigkeit für die neue Regierung angesichts dieser finanziellen Forderungen ist, daß sie sich in weitgehendem Maße zur Bekämpfung inflationistischer Maßnahmen verpflichtet hat.
- Im späteren Jahr 1969 enden die Gewerkschaftsverträge mit General Electric und Westinghouse, zwei großen Industriekonzernen. Hier stehen schwierige Verhandlungen in Aussicht.
- Öffentliche Angestellte, wie Lehrer, Polizisten, Büroarbeiter, stellen in zahlreichen Städten bereits jetzt Arbeitsunterbrechung in Aussicht, wenn ihre Ansprüche nicht anerkannt werden. Es wird sich 1969 zeigen müssen, ob die Nixon-Regierung und die Regierungen der einzelnen Staaten der Union hier bessere Wege finden werden als sie der Johnson-Regierung usw. zur Verfügung standen.

Der neue Arbeitsminister

Der neue Secretary of Labor ist *George Pratt Shultz*, bisher der Dean der Graduate School of Business an der Universität von Chicago. Bei seiner Einführung sagte Mr. Nixon, daß er bei der Suche nach

dem Arbeitsminister an *Jim Mitchell* dachte – einen frühen, sehr erfolgreichen Laborführer. Mr. Mitchell, ursprünglich ein Bergarbeiter, war von 1899 bis 1914 Vizepräsident der American Federation of Labor, und dann bis zu seinem Tod im Jahr 1919 der Commissioner of Labor für den Staat New York. «George Shultz ist ein Mann», so sagte Mr. Nixon, «der für Labor eintreten wird wie Jim Mitchell das tat und wie es jeder Arbeitsminister tun sollte, der aber mit seiner großen Fähigkeit als Vermittler gezeigt hat, daß er das Vertrauen sowohl von Labor wie vom Unternehmertum gewinnen kann». Mr. Nixon hofft, in ihm einen Mann gefunden zu haben, «der fähig ist, die störenden Labor-Unternehmertum-Krisen auszugleichen, ehe sie sich zu den Streiks entwickeln, die unsere ganze Wirtschaft lahmlegen».

Mr. Shultz erklärte in seinem ersten Presse-Interview, es sei seine Auffassung, daß die Regierung sich so wenig wie möglich in Probleme der Arbeitsbeziehungen einmischen solle. Das bedeutet, daß er Streiks nicht verhindern wird, falls die beiden Parteien sich nicht einigen können. Er gab zu, daß es Notstände geben könnte, die die Regierung zwingen würden, in einen Streik einzugreifen. Aber er hoffe, solche Gelegenheiten würden nur selten eintreten, und eine Vermittlung, falls nötig und falls von beiden Seiten gewünscht, sollte vom Federal Mediation and Conciliation Service durchgeführt werden, das für solche Zwecke geschaffen wurde.

Es mag hier in Erinnerung gebracht werden, daß Mr. Nixon selbst eine wichtige Rolle in der Beilegung des langdauernden Streikes der Stahlarbeiter im Jahr 1959 spielte, als er Vizepräsident in der Eisenhower-Regierung war.

Bergarbeiter und neue Regierung

Eine Konferenz über die Sicherheit im Bergbau in Washington brachte ein neues Gesetz zur Besprechung, dessen Durchführung die Aufgabe der neuen Regierung ist. Akut wurde dieses Problem durch das große Explosions- und Feuerunglück bei der Consolidation Coal Company in Farmington, West Virginia, das im November 78 Bergbauarbeitern das Leben kostete.

Die Konferenz stellte fest, daß von allen in Betracht kommenden Stellen nicht das Allermöglichste getan worden sei, um ein solches Grubenunglück zu verhüten. Es ist bekannt, daß Mr. Nixon und sein Innenminister, der bisherige Governor von Alaska, *Walter J. Hickel*, sehr für ein Gesetz eintreten, das die Sicherheit im Bergbau erhöhen soll.

In dem neuen Gesetz sind Strafen bis zu 3000 Dollar für Beamte der Bergbaugesellschaften für jede einzelne Verletzung der Sicherheitsvorschriften vorgesehen. Aber auch für die Bergbauarbeiter selbst sind für Verletzungen der Sicherheitsvorschriften Strafen im Betrag

von 25 bis 500 Dollar pro Einzelfall in Aussicht genommen. Das bisherige Gesetz kannte solche Strafen nicht. Weiter sollen überraschende Besichtigungen der Bergwerke von bisher 200 im Jahr auf 1000 pro Jahr erhöht werden. Und vor allem ist die Anzahl der in einem Bergwerk zulässigen Sicherheitsverletzungen, ehe die Mine als explosions- oder feuergefährlich geschlossen wird, scharf reduziert worden.

Dr. W. Schweisheimer, New York

Um eine Neuordnung der Arbeitszeit in Frankreich

Die Notwendigkeit einer Arbeitszeitreform stellte sich in Frankreich schon seit langem, aber jede erwogene Reform stieß bisher sowohl bei den Arbeitgebern als auch bei den Arbeitnehmern auf Mißbehagen, ja selbst auf Mißtrauen. Man folgt ja in Frankreich im allgemeinen der Tendenz, selbst bei strittigen oder reformbedürftigen Problemen solange als nur möglich auf dem einmal beschrittenen Weg weiter zu gehen und entschließt sich erst unter Druck, neue Lösungen zu akzeptieren. Jenen, die für eine Staffelung der Arbeitszeit eintreten, mangelt es freilich nicht an Argumenten. So zum Beispiel: Die «Electricité de France» muß zur Stoßzeit 12 Millionen kWh pro Stunde liefern. Eine auf den ganzen Tag gleichmäßig gestreckte Arbeitszeit würde den Bedarf auf 5 Millionen kWh pro Stunde reduzieren. Die «Electricité de France» ist gezwungen, neue elektrische Zentralen zu bauen und in Betrieb zu halten, nur um dem Bedarf zur Stoßzeit genügen zu können. Diese Stoßzeit aber ist beschränkt. Sie beträgt bestenfalls vier Stunden im Tag, während die Produktion durch etwa zwanzig Stunden verringert werden muß. Ein anderes Beispiel ist die Überlastung der Pariser Metro. Die Hälfte aller Reisenden benützt die Untergrundbahn während der Stoßzeit, also während drei bis vier Stunden unter den zwanzig, während denen die Verkehrsmittel in Betrieb stehen müssen. Das Ergebnis dieser Situation: Die Verkehrsbetriebe in Paris mit ihren 500 Zügen und ihren 2600 Autobussen sind während 16 bis 17 Stunden unterbesetzt, während sie zwischen 3 bis 4 Stunden den Verkehr kaum bewältigen können. Man hat errechnet, daß diese Überbelastung der Verkehrsmittel für die Pariser Arbeiter einen Verlust von ungefähr zwei Millionen Stunden im Tag zur Folge hat, das ist das Arbeitspensum von vier Großbetrieben von der Bedeutung etwa der Automobilfabriken Renault. Die Staffelung des Büroschlusses und der Arbeitszeit in den